In den meisten Ländern der EU-15 ist die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem jeweiligen Gesundheitssystem seit Mitte der 90er Jahre drastisch gesunken. In Deutschland schrumpfte der Anteil der Zufriedenen überdurchschnittlich stark von knapp 64 auf 31 Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt Dr. Claus Wendt vom Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung in einem Beitrag für die aktuelle Ausgabe der WSI-Mitteilungen.

Wendt wertete die Eurobarometer-Umfrage der EU-Kommission aus und verglich die derzeit aktuellsten Daten aus der Befragungswelle von 2002 mit denen von 1996. Der Zeitraum ist nach Analyse des Forschers besonders interessant, weil sich in zahlreichen europäischen Ländern seit Anfang der 90er Jahre die "Häufigkeit und Intensität von Gesundheitsreformen" erhöht habe. Kernstück der Veränderungen sei oft eine "Kombination aus Leistungseinschränkungen und der Erhöhung privater Zuzahlungen gewesen", so Wendt.

"In Ländern mit sehr unterschiedlich aufgebauten Gesundheitssystemen besteht nach wie vor weitgehend Konsens darüber, dass es die Aufgabe des Staates sei, für alle Bürgerinnen und Bürger einen Zugang zur Gesundheitsversorgung sicherzustellen", schreibt Wendt. Der Anteil der entsprechenden Antworten beim Eurobarometer stieg zwischen 1996 und 2002 von gut 57 auf gut 60 Prozent. "Darin drückt sich auch ein hohes Vertrauen in die Fähigkeit des Staates aus, ein hohes Niveau an Gesundheitsleistungen sowie einen auch für untere Einkommensgruppen finanzierbaren Zugang zur Gesundheitsversorgung verlässlicher anbieten zu können als es über alternative Strukturen, wie beispielsweise über einen privaten Krankenversicherungsmarkt, möglich wäre", so der Wissenschaftler.